22 v. 12.3.11

„Kann das Kind überhaupt agieren?“

Die Bürgerinitiative Atdorf lehnt einen runden Tisch ab – und bezweifelt die Handlungsfähigkeit der Schluchseewerk AG

VON UNSERER REDAKTEURIN
CHARLOTTE JANZ

BAD SÄCKINGEN. Der Verein für den Erhalt des Abhaus und Haselbachtals lehnt einen runden Tisch mit der Schluchseewerk AG strikt ab. Das haben Vertreter der BI Atdorf gestern auf einer Pressekonferenz bekräftigt. Dazu hatten sie auch Landtagskandidaten eingeladen. Ruth Cremer-Ricken (Grüne), Joerg-Uwe Sanio (Linke) und Kilian Kronimus (ÖDP) bezogen Stellung gegen das geplante Pumpspeicherkraftwerk.

Klaus Stöcklin, Jürgen Pritzel und Günter Schöneich von der BI Atdorf (von links) FOTO: CHARLOTTE JANZ

Einen runden Tisch mit der Schluchseewerk AG lehnt die Bürgerinitiative ab. „Wir wollen nicht über das Wie reden, sondern über das Ob“, fasste Jürgen Pritzel die Haltung des Vereins zusammen. Auf Nachfrage von Pressevertretern von *Spiegel Online* differenzierte der Vorsitzende Klaus Stöcklin, man sei nicht gänzlich gegen Pumpspeicherenergie, sondern gegen den Bau dieses einen Werkes man bedenken, dass die Schluchseewerk AG zwei Mütter habe: die Energiekonzerne RWE und EnBW. „Kann das Kind über-

Pritzel im Wechsel. Die BI beschäftigt weiterhin der Konflikt zwischen A 98 und Haselbachbecken. Das Raumordnungs-

sen, aber leider zu spät publik geworden. Ebenfalls eine Rolle spielte der Fall Sondierungsstollen. Anhand von Bildern

Spiegel Online differenzierte der Vorsitzende Klaus Stöcklin, man sei nicht gänzlich gegen Pumpspeicherenergie, sondern gegen den Bau dieses einen Werkes

ANZEIGE

vor Ort. Auf die Frage, ob ein runder Tisch nicht konstruktiver sei als gar keine Kommunikation mit der Schluchseewerk AG, antwortete Stöcklin: „Wir setzen uns doch nicht an einen Tisch, nur um drübergezogen zu werden." Außerdem müsse man bedenken, dass die Schluchseewerk AG zwei Mütter habe: die Energiekonzerne RWE und EnBW. „Kann das Kind überhaupt agieren?", fragte Stöcklin.

Er und Pritzel waren streng darauf bedacht, dass die geladenen Landtagskandidaten ihre Pressekonferenz nicht zur Wahlkampfbühne zweckentfremdeten. Fünf Minuten durfte jeder reden. Wer abschweifte –, wie etwa Kronimus mit seiner Forderung nach direkter Demokratie –, wurde von Stöcklin unterbrochen. Die Positionen der Kandidaten inklusive der wegen Wahlkampfangelegenheiten Abwesenden listete die BI nur kurz auf: Lediglich Felix Schreiner (CDU) sei für das Projekt, alle anderen sprächen sich dagegen aus. Alfred Winkler (SPD) hatte der BI keine Stellungnahme zukommen lassen.

Über den aktuellen Stand der Dinge in Sachen Atdorf referierten Stöcklin und Pritzel im Wechsel. Die BI beschäftigt weiterhin der Konflikt zwischen A 98 und Haselbachbecken. Das Raumordnungsverfahren habe zwar festgestellt, dass der Bau des Pumpspeicherbeckens mit einer zukünftigen Autobahnstrecke vereinbar sei. Dass der Kreistag jedoch Planungsmittel für eine Machbarkeitsstudie mit alternativen Trassen genehmigt habe (BZ vom 3. März), belege, dass Pumpspeicher- und Autobahnpläne kollidierten. Stöcklin zitierte das Landratsamt, als er von einem „Windhundrennen" sprach. Wer zuerst die Unterlagen einreiche, dürfe bauen.

Ein weiteres Thema waren die Arsenvorkommnisse im Gestein. „Die Arsengeschichte ist nicht so niedlich, wie sie dargestellt wird", sagte Stöcklin. Das Ausmaß sei bereits vor Bewilligung des Raumordnungsverfahrens bekannt gewesen, aber leider zu spät publik geworden. Ebenfalls eine Rolle spielte der Fall Sondierungsstollen. Anhand von Bildern zeigte Pritzel, an welcher Stelle im Berg der Stollen liege und welche Klüfte, ob mit Wasser oder ohne, dadurch angeschnitten worden seien. Nun fürchtet die BI, dass bei einer einfachen Flutung des Stollens aufgrund von Wasserdruck und Druckausgleich Quellen versiegen können. Laut Pritzel reicht der aktuelle Wissensstand nicht aus, um den Stollen ohne Risiko zu fluten. „Man hat den Berg nicht im Griff", so Pritzel. Stöcklin sprach noch ein „heißes Eisen" an, den Ersatzwasservertrag. Er warf der Schluchseewerk AG vor, man habe mit Hilfe eines beschleunigten Verfahrens einen Bürgerentscheid vermieden. Die BI, so das Fazit, erfreue sich immer mehr Zuspruchs aus der Bevölkerung.